

Crossover

Soll eine sozial-ökologische Kräftekonstellation im Jahr 2017 keine Wunschvorstellung bleiben, muss sie durch intensive Debatten zwischen den linken Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen vorbereitet werden. Aus Sicht der SPD-Linken hat der Öffnungsbeschluss von Leipzig Möglichkeiten für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene eröffnet, die vorher SPD-intern blockiert waren. Andererseits erschwert die Einbindung der Partei in die große Koalition zugleich die langfristige und glaubwürdige Suche nach neuen Bündnissen. Es gilt, nicht nur auf bekannte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verweisen, sondern Brücken über die unterschiedlichen programmatischen Ansätze und Vertrauen zwischen den Akteuren zu bilden. Wird dieser Prozess allein machttaktisch und nicht als politisches Projekt verstanden, entsteht weder

unter den beteiligten Akteuren noch in den jeweiligen Wählerklientelen Vertrauen. Mit der neuen Artikelserie crossover versucht spw, die diskursiven Schnittmengen zwischen progressiven Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu vergrößern und gemeinsame politische Gestaltungsperspektiven zu entwickeln. Im Juni haben Cansel Kiziltepe (SPD), Axel Troost (Linke) und Lisa Paus (Grüne) einen Denkanstoß zur Eurokrise in der Schriftenreihe des Instituts Solidarische Moderne (ISM) veröffentlicht. Die Mitautorin Cansel Kiziltepe und der neue EU-Parlamentarier Fabio De Masi (Linke) diskutieren in spw über die marktliberale Krisenpolitik und ihre Folgen sowie Ansätze für eine alternative ökonomische Strategie durch öffentliche Investitionen, gerechtere Verteilung, die Stärkung sozialer Rechte und Demokratisierung. ■

„It's the austerity, stupid“

Gespräch mit Cansel Kiziltepe und Fabio De Masi

spw: Der Freitag hat den ISM-Denkanstoß als einen der „wenigen inhaltlichen rot-rot-grünen Impulse bezeichnet, die es seit der Bundestagswahl in die Öffentlichkeit geschafft haben“. Woran liegt es, dass zwischen SPD, Grünen und Linken derzeit wenig programmatische Arbeit sichtbar wird?

» **C.K.:** Die Debatte um die Gemeinsamkeiten zwischen SPD, Grünen und Linken wird zurzeit von den Streitpunkten überlagert. Besonders in der Außenpolitik bestehen wichtige Unterschiede. Ich glaube, dass es hilfreich ist, wenn diese offen diskutiert werden, weil man sonst Gefahr läuft, Dinge einfach auszublenden. Genauso wichtig ist es aber auch, an vielen Punkten Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, die die

Grundlage für eine zukünftige Zusammenarbeit bilden können. Der andere Grund ist, dass die SPD in der Regierung Projekte umsetzt, die auch von Linken und Grünen als Opposition anerkannt werden und weniger Reibungsfläche bieten. Der Mindestlohn ist dafür ein gutes Beispiel.

» **F.D.M.:** Abstrakte Debatten über Rot-Rot-Grün langweilen. Cansel hat Recht: Wir müssen über Programme reden, auch wo es weh tut. Eine Debatte über die Außenpolitik fürchtet DIE LINKE nicht. Aber wir haben auch über die unverantwortliche Europa- und Wirtschaftspolitik zu sprechen. Die Agenda 2010 bzw. die Lohndrückerei in Deutschland haben die Euro Krise begünstigt. Der Fiskalpakt ist dumm. Europa droht ein verlorenes



↳ Cansel Kiziltepe (39, SPD) ist Volkswirtin und Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages.

Foto: www.spd-berlin.de



↳ Fabio De Masi (34, DIE LINKE) ist Volkswirt und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments.

Foto: DIG/Trialon

Jahrzehnt. Und ich finde, Sozialdemokraten dürfen die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada – TTIP und CETA – nicht unterstützen.

spw: Das Papier beschäftigt sich mit der ungelösten Eurokrise. Welche Aspekte sind denn für euch ungelöst?

» **C.K.:** Anlass des Denkanstoßes war, dass in Deutschland über die Eurokrise so gut wie keine Berichte mehr erscheinen. Sie ist allenfalls Gegenstand von Fachartikeln in den Wirtschaftsteilen, wenn es um EU-Verordnungen und die Politik der EZB geht, die kommentiert wird. Dabei gäbe es genügend Kennziffern, die das ganze soziale Ausmaß der Krisenbewältigung deutlich machen. Wir schreiben in dem Papier über steigende Jugendarbeitslosigkeit in Europa, über explodierende Anstiege bei Suiziden, Kindersterblichkeit und HIV-Neuinfektionen in Griechenland sowie Zwangsräumungen in Spanien. Das alles steht für mich unter dem Oberbegriff „Austerität kann tödlich sein“. Diese sozialen Folgen der Austeritätspolitik sind nach wie vor nicht gelöst. Hinzu kommt die wirtschaftliche Lage der Eurozone: Derzeit ist nicht zu erwarten, dass bald Wirtschaftswachstum und Jobs in einem Umfang entstehen, wie es notwendig wäre. Schlicht und einfach deshalb, weil die Sparvorgaben

dieser Krisenpolitik öffentliche Investitionen unmöglich machen.

» **F.DM.:** Die Kürzung von Löhnen, Renten und Staatsausgaben hat in die Depression geführt. Die Staatsverschuldung ist gestiegen statt zu sinken. Die Geldpolitik ist am Limit. Italien und Frankreich drängen jetzt auf eine Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Allerdings wollen sie sich im Gegenzug auf Strukturreformen verpflichten. Darunter werden dann immer Angriffe auf Arbeitnehmerrechte verstanden, nicht etwa die Besteuerung griechischer Oligarchen. Das kann nicht funktionieren, weil der Staat dann reinpumpt, was er den kleinen Leuten aus der Tasche zieht. Wir brauchen aber auch eine neue Industriepolitik für die Krisenstaaten. Immobilien und Autobahnen schaffen keine Zukunft.

» **C.K.:** Ganz generell muss man auch feststellen, dass in der Analyse der Krise immer noch ein wirtschaftlicher Nationalismus dominiert, indem man versucht, die verschiedenen Staaten und Volkswirtschaften getrennt voneinander zu betrachten. Die Einsicht darin, dass wir es mit Kreisläufen zu tun haben, setzt sich nur sehr langsam durch. Wichtig wäre es außerdem endlich zu erkennen, dass es in allen Ländern eine Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Kapital und

Arbeit gibt. Es sind in den letzten Jahren nicht weniger, sondern mehr Menschen in Europa Millionäre geworden und nicht weniger, sondern mehr Menschen leben unter der Armutsgrenze. Wenn wir das beachten, liegen Lösungen wie eine europäische Vermögensabgabe geradezu auf der Hand.

spw: Wie kann es denn sein, dass in Deutschland die Eurozone so weitgehend in Vergessenheit geraten ist?

» **F.DM.:** Das hat auch mit dem Euro zu tun. Die extremen Exportüberschüsse Deutschlands hätten bei flexiblen Wechselkursen längst zu einer Aufwertung der D-Mark geführt. Ich will den Euro nicht abschaffen. Aber wer meint, den Euro durch interne Abwertung bzw. Depression zu retten, der schafft Europa ab. Ich glaube Merkel denkt, Deutschlands Industrie sei so stark, dass sie die EU-Partner zur verlängerten Werkbank machen und dann unsere Güter nach Asien schicken kann. Das ist ein Irrtum. Auch Deutschland rutscht in die Rezession. Und in Frankreich hat Le Pen die Europawahl gewonnen. Wir haben daher keine Zeit mehr. Wir müssen diese Politik verschrotten und die SPD sollte nicht länger mit der Bundeskanzlerin kuscheln.

» **C.K.:** Ich finde viel wichtiger, dass der deutsche Journalismus sich zu großen Teilen sehr unkritisch verhalten hat. In der Anfangszeit der Eurokrise kamen fast nur Wirtschaftswissenschaftler aus einer neoklassischen Couleur zu Wort. Die Berichterstattung auch in den so genannten Qualitätsmedien hat nicht unbedingt den Eindruck hinterlassen, dass immer verstanden wurde, worüber man geschrieben hat. Ich finde die Medien sind in all diesen Jahren ihrer Aufklärungsfunktion nur sehr unzureichend nachgekommen. Ich empfehle vor diesem Hintergrund immer die Studie der Otto-Brenner-Stiftung aus dem Jahr 2010, die sich kritisch mit dem Wirtschaftsjournalismus zur Finanzmarktpolitik auseinandersetzt.

spw: Woran würdet ihr die unzureichende Aufklärungsfunktion festmachen, wenn ihr an die aktuelle Berichterstattung denkt?

» **C.K.:** Ich denke da derzeit ganz konkret an die Gefahr einer Deflation in der Eurozone. In Umfragen wird immer wieder deutlich, dass sich die meisten Menschen in Deutschland vor einer Inflation fürchten und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Sparen für ein sehr wichtiges politisches Ziel halten. In der derzeitigen Lage allerdings, in der alle EU-Länder versuchen gleichzeitig zu sparen, kann das nicht gelingen. Die drohende Deflation, die sich daraus ergibt, ist ein bedrohliches Szenario, das in Deutschland kaum diskutiert wird. Hier würde ich mir mehr Aufklärung durch die Medien wünschen.

spw: Die SPD hat ja den Kurs der Bundesregierung in ihrer Oppositionszeit weitgehend mitgetragen. Wie kann denn der jetzige Aufschlag zu einer Neuorientierung der Europapolitik beitragen?

» **C.K.:** Man darf nicht vergessen, dass die SPD genauso wie die Grünen in der Verhandlung mit der schwarz-gelben Bundesregierung in ihrer Oppositionsrolle in der schwächeren Verhandlungsposition war. Die Erwartung, dass solche Verhandlungen ein Ergebnis hätten erzielen können, das vollkommen anders gewesen wäre, ist ziemlich unrealistisch. Dennoch ist es gelungen, die CDU zu einem klaren Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer zu zwingen. Richtig ist aber auch, dass sich gewisse volkswirtschaftliche Zusammenhänge nur sehr langsam in der SPD herumgesprochen haben.

Ich erhoffe mir durch unseren Aufschlag, dass die Krisenfolgen wieder stärker in den Blick geraten und auch die Art und Weise der Krisenlösung wieder stärker diskutiert wird. Wenn wir das Beispiel der Privatisierungen in Griechenland nehmen, sehen wir eine merk-

würdige Diskrepanz zwischen der Diskussion in Deutschland, die wieder eher in Richtung Rekommunalisierung geht und dem was die Troika unter deutscher Beteiligung in Griechenland fordert. Die Einnahmen durch Verkauf von Staatseigentum sind in den vergangenen Jahren marginal geblieben und aus vielen Studien wissen wir um die negativen Effekte, die eine privatisierte Daseinsvorsorge hat. Es wird höchste Zeit, solche Forderungen der Troika zu kippen.

spw: Wenn wir über eine gemeinsame Linie bei der Lösung der Eurokrise zwischen SPD, Grünen und Linken reden, wo sind die entscheidenden Aspekte aber auch Unterschiede?

» **C.K.:** Wir haben am Ende unseres Papiers geschlossen, dass eine Lösung nur zu machen ist, wenn die Europäische Ebene mit mehr Rechten und Kompetenzen ausgestattet wird. Das heißt für mich, dass das Europäische Parlament an Mitbestimmung gewinnen muss. Gerade in der aktuellen Krise sehen wir, dass vor allem die Exekutiven der Mitgliedstaaten die handelnden Akteure sind und waren. Und obwohl die EZB viele richtige Schritte unternommen hat, haben wir es hier ebenfalls mit einer Institution zu tun, die außerhalb der demokratischen Legitimationskette steht.

» **F.DM.:** Die Wahrheit ist immer konkret: Das portugiesische Verfassungsgericht hat die Rentenkürzungen der Troika kassiert. Das Europäische Parlament hat geschwiegen. Ich bin ja etwa dafür, dass wir Steuerdumping auf EU-Ebene bekämpfen. Nur sind Mindeststeuern für Konzerne mit diesen EU-Verträgen nicht umsetzbar. Man kann die Bemessungsgrundlage für Konzerne über das Wettbewerbsrecht harmonisieren. Ohne Mindeststeuern erleichtert das aber den Steuerwettbewerb. Oder nehmen wir die Tarifpolitik. Koordination ja. Aber die Hausaufgaben müssen wir schon in Deutsch-

land machen. Wir müssen die gesetzlichen Lohnbremsen wie sachgrundlose Befristung, Werkverträge und Leiharbeitlösen. Selbst die Bundesbank fordert nun ja höhere Löhne. Ich würde der EU etwa nicht die Kompetenzen für die sogenannten Arbeitsmärkte überlassen. Da kommt nur Mist raus wie die Monti-Verordnung bzw. Angriffe auf das Streikrecht.

» **C.K.:** Außerdem muss die Europäische Union das Recht bekommen, eigene Einnahmen zu generieren und sich zu verschulden. In der Krise waren die Mitgliedstaaten auch deshalb die entscheidenden Akteure, weil die Finanzausstattung der EU zu marginal ist, um wirkliche Effekte erzielen zu können. Deshalb bleibt vieles, was an europäischen Projekten auf den Weg gebracht wird, ein Tropfen auf dem heißen Stein. Viele – vor allem in der Linkspartei – sehen eine solche stärkere Rolle der EU aber mit Skepsis, weil sie die EU für neoliberale Reformen in der Vergangenheit mit verantwortlich machen. Sicher mag das so gewesen sein, aber ich glaube trotzdem, dass die EU als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems analysiert werden muss.

» **F.DM.:** Ich finde den Wettbewerb wer öfter Europa sagt banal. Es gibt kluge Leute im Umfeld der SPD bzw. des Max Planck Instituts wie den Doyen der europäischen Integration, Fritz Scharpf, die sagen, die europäische Integration war seit Mitte der 1980er Jahre ein trojanisches Pferd, um Demokratie und Sozialstaat zu schwächen. Das sind keine Anti-Europäer. Wir haben seit der Krise mehr europäische Governance. Etwa das europäische Semester und die nationalen Reformprogramme. Mein Kollege von den Grünen, Sven Giegold, kritisierte sogar, dass die Mitgliedstaaten diese Dinge unzureichend umsetzen. Aber dann gibt es Europa noch dreckiger. Einen Mega-Etat für die EU finde ich unrealistisch. Zumal bei Sparkommissaren und schwachem Parlament. Ich befürworte kreditfinanzierte Investitionen, aber wir

müssen vor allem an die Vermögen der Millionäre ran. Cansel hat die Vermögensabgabe erwähnt. Das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit 17 Billionen Euro die Staatsverschuldung aller 28 EU Staaten.

spw: Cansel, du hast von vielen richtigen Schritten der EZB gesprochen. Welche Rolle spielt die EZB denn in der aktuellen Lage?

» **C.K.:** Die EZB hat in der Krise eine wichtige Rolle gespielt, weil sie durch die Entscheidung, im Notfall Anleihekäufe zu tätigen, die Finanzmärkte beruhigt hat. Das hat keine Troika und kein Europäischer Rat geschafft. Ohne die EZB wären wir wohl in einer sehr viel schlechteren Situation. Zudem ist der EZB die Deflationsgefahr bewusst. Mich beunruhigt aber, dass die geldpolitischen Instrumente, die die EZB hat, bald ausgereizt sind und es immer noch nicht zu einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung gekommen ist. Das Problem der mangelnden Kreditvergabe an die Realwirtschaft muss politisch gelöst werden. Wenn das nicht bald passiert, dann können wir uns nicht mehr unbedingt darauf verlassen, dass die EZB noch Instrumente hat, um der Wirtschaft in der Eurozone zu helfen. Vielen Ländern sind außerdem durch den Fiskalvertrag dabei Hände gebunden, durch öffentliche Investitionen das Wachstum anzukurbeln.

» **F.DM.:** *It's the austerity, stupid.* Dagegen ist auch billiges Geld machtlos. Die privaten Haushalte versuchen Schulden abzubauen und die Banken wollen ihre Bilanzen sanieren. Daher investieren Unternehmen nicht und Banken vergeben kaum Kredite. Der Staat muss jetzt ran, um die Wirtschaft anzuschieben und ein crowding-in privater Investitionen zu ermöglichen. Die Fiskalpolitik ist wegen Schuldenbremsen jedoch zu träge. Kurzfristig brauchen wir direkte Kredite der EZB an Euro-Staaten, etwa über die Europäische Investitionsbank. Die EZB würde so öffentliche Investitionen finanzieren statt Finanzblasen. Ich bin skeptisch ob der Ankauf

von Staatsanleihen effektiv ist, auch wenn die Ankündigung von Draghi die Finanzmärkte beruhigt hat. Ganz zu schweigen vom Ankauf von Asset Backed Securities, also verbrieften Schrottkrediten. Der Effekt von Vermögenspreisen auf die Kreditvergabe ist in Europa schwächer als in den USA. In Deutschland ist es etwa schwerer ein Haus für Konsumentenkredite zu beleihen. Zum Glück. Ohne Aufschwung durch eine aktive Fiskalpolitik werden den Banken die Liquidität weiterhin bei der EZB parken oder schlicht im Casino zocken.

spw: Fabio, die Legislaturperiode des Europaparlaments hat gerade begonnen. Welche Rolle spielt die Eurokrise in Diskussionen unter den EU-ParlamentarierInnen?

» **F.DM.:** Im Wahlkampf spielte das fast keine Rolle. Aber Italien schrumpft, Frankreich stagniert, Deutschland rutscht in die Rezession. Jetzt gibt es lange Gesichter. Sozialdemokraten – vor allem aus Südeuropa – wirken sehr besorgt. Ich höre in Gesprächen immer wieder: Wir haben keine Zeit mehr. Das ist unsere letzte Chance. Aber im Parlament gibt es zu viele Schlafwandler. Der finnische EU-Vizepräsident für Wirtschaft, Kaitanen, kommt, sagt sein Gedicht vom Sparen auf und geht wieder. Junkers Investitionsprogramm über 300 Milliarden Euro ist hingegen kreative Buchführung. Und er schenkt der City of London einen Kommissar für Finanzmärkte. Der Mann hat Humor. Man trauert als Linker fast um den IWF. Der hat wenigstens gesagt: Sorry, wir haben uns mit der Kürzungspolitik verrechnet.

spw: Welche Rolle spielen die euroskeptischen Parteien und Abgeordneten im Europäischen Parlament? Wie begegnet ihr ihnen?

» **F.DM.:** Die spielen Anwalt der kleinen Leute. Dabei hat doch die AfD Lohn- und Rentenkürzer wie Hans Olaf Henkel nach Brüssel geschickt. Konrad Adam, ein führen-

des Mitglied der AfD wollte gar Rentnern und Erwerbslosen das Wahlrecht entziehen. Und Bernd Lucke beklagte gar kürzlich im Europaparlament, dass die Bundesregierung wenigen Beschäftigten die Rente mit 63 ermöglichen statt – wie in den nationalen Reformprogrammen des europäischen Semesters gefordert – die Lebensarbeitszeit weiter verlängere bzw. Renten kürze. Die AfD will also den Rentnern gemeinsam mit Brüssel ins Portemonnaie greifen. Wir müssen die Rechte daher angreifen. Aber nicht mit gerümpfter Nase, sondern mit klarer Kante. Dies erfordert auch die Spielregeln in der EU: von links zu kritisieren, wo nötig. Wir schaffen etwa über den EU-Binnenmarkt Lohndumping, weil Beschäftigte nach der Herkunft des Unternehmens, nicht nach Tarif vor Ort bezahlt werden. Wir haben einen echten Arbeiter-Strich in Deutschland, wo Zuwanderer ausgebeutet und dann als Aufstocker zum Amt geschickt werden. Das ist Sozialmissbrauch der Bosse. Solidarität erfordert, die Sprache der kleinen Leute zu sprechen. Stéphane Hessel, der Diplomat und große Europäer, rief uns zu: „Empört Euch!“ Das dürfen wir nicht diesem Professor aus Hamburg überlassen.

» C.K.: Wichtig ist auch, zu sehen, dass konservative Parteien häufig durch ihre eigene Wortwahl rechtspopulistische Forderungen begünstigen, statt sich ihnen in den Weg zu stellen. Wir haben in der Vergangenheit in Deutschland auch immer wieder Beispiele gesehen, wo reflexhaft versucht wurde, der Stammtischmeinung hinterher zureden.

spw: Wo seht ihr die EU in fünf Jahren?

» F.DM.: Ich kämpfe für ein neues Europa. Aber ich bin Realist. Keine Demokratie hält es aus, wenn jeder zweite Jugendliche ohne Job ist. In zwei europäischen Kernstaaten – Frankreich und England – hat die extreme Rechte die Wahlen gewonnen. In Deutschland stellt die SPD nur noch Vize-

Kanzler. Die Sozialdemokratie in Griechenland ist tot, in Frankreich geht sie kaputt. Die Entlassung des moderaten Linkssozialisten Montebourg als Wirtschaftsminister war ein Fehler. Was passiert in Italien, wenn Renzi nicht liefern kann? Das kann hässlich werden.

» C.K.: Ich hoffe, dass die EU in 5 Jahren ihre Wachstumsschwäche überwunden hat und die junge Generation zum größten Teil ihr Leben wieder selbst in der Hand hat – vor allem durch eigene Jobs. ■